

10. Juni 2010

Frau  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzlerin der  
Bundesrepublik Deutschland  
11012 Berlin

### **Keine Erhöhung des EU-CO<sub>2</sub>-Minderungsziels von 20% auf 30% bis 2020**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

am 26. Mai hat die Kommission eine politische Diskussion dazu angestoßen, ob das EU-Minderungsziel von -20% auf -30% erhöht werden soll. Die Industrie – nicht nur in Deutschland – hat zu diesem Vorstoß sehr deutlich gemacht, dass weder die rechtlichen Voraussetzungen für einen solchen Schritt vorliegen (die Anforderungen nach der Emissionshandelsrichtlinie sind in keiner Weise erfüllt), noch die wirtschaftliche Situation dazu angetan ist, eine solche Zusatzlast zu schultern. Die deutschen Bundesminister für Wirtschaft einerseits und Umwelt andererseits haben auf diesen Vorstoß sehr unterschiedlich reagiert. Die Position der Bundesregierung zu dieser Frage ist deshalb nicht deutlich. Dieser Mangel an Klarheit hat zu einer großen Verunsicherung in der Industrie geführt.

Da die politischen Diskussionen auf EU-Ebene zu diesem wichtigen Thema unmittelbar bevor stehen, halten wir es für dringlich, die Unsicherheit zu beseitigen und eine eindeutige Position zu beziehen – verbunden mit einer deutlichen Aussage, dass unter den bestehenden Umständen eine Erhöhung des EU-Minderungsziels nicht unterstützt werden kann.

Bundesminister Brüderle hatte bereits am 25. Mai auf die problematischen Folgewirkungen und den fraglichen Nutzen einer Erhöhung des Minderungsziels hingewiesen. Herr Minister Brüderle kommt in seiner Pressemitteilung zu dem Schluss: „Anspruchsvollere europäische Klimaschutzziele darf es nur im Rahmen eines internationalen Klimaschutzabkommens geben, das vergleichbare Anforderungen an die anderen großen Emittenten stellt.“ Wir teilen diese Einschätzung und hoffen, dass diese Bewertung sich auch in der deutschen Position widerspiegeln wird.

In jedem Fall muss sichergestellt werden, dass die nun angestoßene politische Diskussion auf Basis einer korrekten Faktenlage geführt wird. Hierfür ist es dringend geboten, die Analyse der Kommission nachzuvollziehen. Schon nach einer ersten summarischen Prüfung stellen sich uns eine Reihe von Fragen in Bezug auf das Modell und die Annahmen. Im Resultat scheinen die Kosten unterschätzt und die Vorteile überschätzt.

Neben der Analyse auf EU-Ebene muss auch eine Betrachtung der Kosten und Vorteile für Deutschland durchgeführt werden. Nach ersten Berechnungen würde unter Berücksichtigung eines EU-weiten angepassten „Effort-Sharing“ eine Erhöhung des EU-Reduktionsziels auf -30% zu einer Erhöhung des Minderungsbedarfs in Deutschland noch über das -40%-Ziel hinaus führen. Außerdem wären die Emissionshandelssektoren durch eine Erhöhung ihres Reduktionsziels von -21% auf -34% ganz erheblich betroffen. Es geht hier also noch einmal um beträchtliche zusätzliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft in Zeiten, in denen ein Aufschwung nach der tiefen Krise fühlbar und möglich erscheint. Das würde einen erheblichen Rückschlag bedeuten.

Wir bitten Sie deshalb, zu dieser Frage eindeutig Stellung für den Industriestandort Deutschland zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen

A. Loske

B. Offe